

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., unvollst. 30.- M. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Kopierbreite kostet 12.- M. 'Kleine Anzeigen'...

Wichtig für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 29. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Barthou reist nach Paris.

V. Sch. Genua, 28. April. (Fig. Drahtbericht.) Die Konferenz ist mit der Abreise Barthous auf einen toten Punkt angelangt.

Auch Lloyd Georges Plan einer zehnjährigen Waffenruhe stößt neuerdings auf unerwartete Widerstände.

Die englische Delegation trägt indessen nach außen hin eine unerschütterliche Ruhe und Zuversicht zur Schau.

Genua, 28. April. (W.B.) In der Sitzung der Großen und der Kleinen Entente erklärte Barthou, entgegen irreführenden Zeitungsmedien...

Um den Burgfrieden. Genua, 28. April, abends 6 Uhr. (Sozialdem. Parlamentsdienst.) Der Hauptgrund zur Reise Barthous soll die Tatsache sein...

Russisch-deutsche Tischreden.

Bei dem gemeinsamen Frühstück der deutschen und der russischen Delegation in Genua sind Tischreden gewechselt worden...

Er begrüße die Vertreter Deutschlands, des ersten großen Landes, das mit der Sowjetrepublik in normale Beziehungen getreten sei...

Darauf erwiderte Reichskanzler Dr. Birtch:

Er sei mit starker Bewegung den Worten Uchtischerins gefolgt, die ihm aus dem Herzen gesprochen seien.

Schaft aller Völker auf das wärmste begrüßt worden. Er sei ein erster Schritt zu einem weiteren Ausbau freundschaftlicher Zusammenarbeit...

Der Text dieser Tischreden kann, richtig verstanden, dazu beitragen, den unsinnigen Verdacht zu zerstören, als richte sich die Spitze des deutsch-russischen Vertrages gegen irgendwen...

Rußland, das damals zaristische, und die Republik Frankreich waren vor dem Kriege verbündet. Mit einem dieser einstigen Verbündeten sind wir jetzt zu einem wirklichen Frieden gelangt.

Die Nachprüfung des Vertrages.

Paris, 28. April. (Havas.) Die Völkerversammlung trat heute morgen im Ministerrat des Auswärtigen zusammen, um einige Fragen von geringerer Wichtigkeit zu behandeln.

Maifeier 1922

An die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins!

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. An diesem Tage demonstriert die wertvolle Bevölkerung der ganzen Welt für den

Achtstundentag, Völkerfrieden und Arbeiterschutz

Die würdigste Form dieser Demonstration ist die Arbeitsruhe. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte hat deshalb die Pflicht, an diesem Tag dem Kapital zum Trotz die Arbeit ruhen zu lassen...

Die wirtschaftlichen Verteilungen der Arbeitnehmer Groß-Berlins, Gewerkschaftskommission und Ortskartell des Afa-Bundes, rufen Euch darum noch einmal auf, die Demonstration, die im Lustgarten stattfinden wird...

Die Kundgebung beginnt pünktlich 11 Uhr vormittags. Alle Organisationen, die mit ihren Teilnehmern in geschlossenen Zügen aufmarschieren, müssen sich so einrichten, daß sie pünktlich um diese Zeit an Ort und Stelle sind.

Außer den Musik-, Gesang- und Sprechchor-Vorträgen werden folgende Redner der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprachen halten:

Oudegeest-Amsterdam, Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Bahke, Bleier, Brenner, Drosak, Dubsitz, Durde, Erispien, Dittmann, Fröhlich, Gellmann, Gelske, Hecker, Heijshold, Köhler, Künstler, Kuffner, Lademann, Dr. Moles, Pies, Polenske, Schneider.

Arbeiter! Angestellte und Beamte! Folgt unserem Ruf und beteiligt Euch einmütig und geschlossen an dieser internationalen Kundgebung des Weltproletariats.

Der Ausschuss Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin Jiltau, Otto, Rogat. Sabath, Vollmerhaus.

Diesemselben Kreise und Orte, die infolge der weiten Entfernung nicht an der Berliner Demonstration teilnehmen, demonstrieren an nachstehenden Stellen:

- Spandau: Auf dem Marktplatz, 10 Uhr. Referent: Dr. Jechlin. Siemensstadt: Restaurant Heidekrug, Nonnendamm-Allee, 10 1/2 Uhr. Referent: Karl Litzke. Buchholz, Blankenburg, Karow: Buchholzer Kirche, Treffpunkt 9 1/2 Uhr. Referent: Willi Möbbs. Wannsee: Rest. 'Fürstenhof', Königinstr. 40, 10 Uhr. Ref.: Friedrich Soar. Bohndorf, Schmöckwitz und Grünau: Dorfplatz in Bohndorf, 10 Uhr. Referent: U. Hühner. Buch: Amzug nach Röntgenstr. Treffpunkt 10 Uhr. Blankenburg: Treffpunkt zur Demonstration: Lokal Wagner 8 1/2 Uhr.

Die Not der Krankenkassen.

Von Sanitätsrat Dr. Ignaz Sternberg.

Nachdem wir in der Streiffrage „Krankenkassen und Ärzte“ dem Vertreter des Verbandes der Krankenkassen Berlins das Wort gegeben haben, lassen wir hiermit eine Erklärung des Vertreters des Groß-Berliner Ärztebundes folgen.

In Nr. 187 dieses Blattes hat Herr Karl Schulz in einem Artikel mit der gleichen Ueberschrift darzulegen versucht, daß die Berliner Krankenkassen infolge der ärztlichen Honorarforderungen an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt seien, ferner, daß die der Berliner Ärzteschaft durch den letzten Schiedsspruch zugewilligten Honorare in Höhe von 100 M. auf das Jahr und den Kopf des Versicherten dazu führen müßten, diese ebenso wie die Arbeitgeber zu begünstigen der Sozialversicherung zu machen, weil sie ihnen zu teuer erschienen müßte. Ob das Zahlenmaterial des Herrn Schulz geeignet ist, keine Befürchtungen berechtigt erscheinen zu lassen, soll im folgenden nachgeprüft werden.

Das Gesetz gestattet den Kassen, Beiträge bis zu 10 Proz. des Grundlohns zu erheben: die Berliner Krankenkassen erheben solche durchschnittlich nur mit 7 Proz. Die Versicherungsgrenze ist seit dem 1. Januar d. J. auf 40 000 M. erhöht; die Kassen erheben aber, wenn auch auf Anordnung der Aufsichtsbehörde, vorläufig nur die Einkommen bis zu 18 000 M., was einem durchschnittlichen Tageslohn von 60 M. entspricht. Das Gesetz läßt dagegen eine Erfassung des Einkommens zu Beitragszwecken bis zu 24 000 M. zu. Von der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit sind somit die Berliner Krankenkassen noch so weit entfernt, daß man mit Sicherheit behaupten kann, daß das jetzige Kopfpauschale von 100 M. kaum eine der Berliner Krankenkassen nötigen wird, ihre Beiträge zu erhöhen; es sei denn, daß diese sich noch unter 7 Proz. befinden.

Die höchste Belastung einer Berliner Krankenkasse durch Arzthonorare war in den letzten Jahren bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Pankow zu verzeichnen, wo es 1920 von den Mitgliederbeiträgen 15,7 Proz. ausmachte. Zur selben Zeit belastete das gleiche Honorar die Ortskrankenkasse Tempelhof nur mit 6,8 Proz., die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin mit 11,8 Proz. Im ganzen haben 1920 die 24 größten Krankenkassen mit einem Bestande von nahezu 1 Million Mitglieder aus ihren 262 Millionen betragenden Einnahmen etwas über 29½ Millionen Mark an Arzthonorare bezahlt, d. h. genau 11,3 Proz. ihrer Einnahmen. Damals gab es freie Arztwahl in Berlin nur für einen verschwindend kleinen Bruchteil der Kassen.

Es ist richtig, daß das Kopfpauschale bis zum 1. März 1920 30 M. betrug und von da ab ziemlich schnell über 40 und 50 M. auf 100 M. pro Kopf des Versicherten im März dieses Jahres angewachsen ist. Dementsprechend, zum Teil viel mehr, sind aber auch die Einnahmen der Krankenkassen gestiegen. Im Jahre 1920 betrug die Einnahme der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin bei einem Bestand von 500 000 Mitgliedern 120 Millionen Mark. Hieron erhielten die Ärzte 14½ Millionen, also wiederum 11,8 Proz. der Einnahmen. Im Jahre 1921 sind bei annähernd gleichem Mitgliederbestand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin die Einnahmen auf über 200 Millionen Mark, d. h. um 66½ Proz. gestiegen. Von diesen mehr als 200 Millionen Mark hat die Berliner Ärzteschaft in gleichem Zeitraum an Honorar 19½ Millionen Mark erhalten. Also unter dem System der organisierten freien Arztwahl ist das Arzthonorare trotz der Erhöhung der Einnahmen von 11,8 auf 9,5 Proz. dieser zurückgegangen! Da die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin bei weitem nicht zu den bestgestellten Krankenkassen Berlins gehört, so muß die Beteiligung des Arzthonorars an den Kasseneinnahmen bei den bestgestellten noch erheblich zurückgegangen sein. Kann man angesichts dieser nicht ansehbaren Zahlen davon reden, daß durch die Arzthonorare unter dem System

der freien Arztwahl die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kassen gefährdet sei?

Die Wirkung des letzten durch Schiedsspruch festgesetzten Jahrespauschales auf die Finanzen der Kassen ist vorläufig nur annähernd zu schätzen, da die Krankenkassen noch nicht in der Lage sind, ihre Einnahmen unter der Einwirkung der erhöhten Grundlöhne und der erhöhten Versicherungsgrenze zu übersehen. Immerhin kann man heute schon mit großer Wahrscheinlichkeit voraussetzen, daß im allerungünstigsten Falle für die Kassen die prozentuale Beteiligung des Arzthonorars kaum über 12 Proz., also nicht über das Verhältnis der letzten Jahre hinausgehen dürfte.

Angeichts der Aenderung der Reichsversicherungsordnung ist jetzt noch nicht zu übersehen, ob und in welchem Umfange die Beiträge erhöht werden müßten, um die Familienversicherung zur Durchführung zu bringen. Es wäre im Interesse der Volksgesundheit bedauerlich, wenn die Berliner Krankenkassen auf die Durchführung dieses Planes verzichten würden. Sicher ist aber, daß das jetzige Pauschale von 100 M. die Einführung der Familienversicherung nicht unmöglich zu machen braucht, daß vielmehr diese gegenwärtige Einrichtung auch jetzt noch und selbst bei einer weiteren Erhöhung des Pauschales sich durchführen ließe, wenn alle Beteiligten bereit wären, unerhebliche Opfer zu bringen. Nach den mit der Ärzteschaft vereinbarten Bedingungen müßte bei einem Kopfpauschale von 100 M. für die Familie, soweit sie versorgungsberechtigte Mitglieder enthält, ohne Rücksicht auf deren Kopfpauschale ein besonderes Jahresfamilienpauschale von 175 M. bezahlt werden. Der verheiratete Arbeiter würde also täglich für seine Familie, gleichviel aus wieviel Köpfen sie besteht, noch nicht ganz 50 Pf. aufzubringen haben zur Sicherstellung der ärztlichen Behandlung für die Dauer eines Jahres. Werden die Kosten der Familienbehandlung auf alle Versicherten, also auch die Unverheirateten verteilt, dann wird dieser Betrag für den einzelnen noch erheblich geringer. Darf man die Intelligenz der Berliner Arbeiterschaft und ihre Opferwilligkeit für die ihnen drohenden so gering einschätzen, daß sie an einer solchen Steigerung ihrer täglichen Ausgaben zu solchem Zweck Anstoß nehmen sollten? Wenn in der Familienversicherung ein Risiko liegt, so tragen es die Ärzte, da sie Gefahr laufen, zu Honoraren arbeiten zu müssen, die unter Umständen um 100 und mehr Prozent hinter denjenigen zurückbleiben, die sie jetzt aus den gleichen Kreisen in der Privatpraxis erhalten.

Daß für die 100 M. jährliches Honorar in einem Falle viele Behandlungen stattfinden, in anderen nur eine einzige und manchmal gar keine, bringt den Ärzten im ganzen keinen Pfennig mehr ein. In vielen Orten Deutschlands kennt man die Pauschalbezahlung nicht mehr. Auch die Berliner Ärzte würden damit einverstanden sein, wenn die Kassen nur die einzelne tatsächliche Leistung und ebenso bezahlen, wie es für das Reich zwischen den Hauptverbänden vereinbart worden ist.

Gegen die augenblicklich mit der freien Arztwahl verbundenen Uebelstände schlägt Herr Schulz vor, die Versorgung der Kassenmitglieder und ihrer Familienangehörigen durch fest angestellte Ärzte vornehmen zu lassen. Zu der bevorstehenden Aenderung der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassenverbände der Regierung einen Entwurf zur Regelung der Arztfrage überreicht. Sie schlagen vor, so viel Ärzte zur Kassexpraxis zuzulassen, daß auf je 1350 Versicherte, bei Familienversicherung auf je 1000 zu Versorgende 1 Arzt kommt. Herr Schulz glaubt mit 1000 Ärzten, d. h. auf je 3000 Versorgungsberechtigte mit einem Arzt auskommen zu können. Aber auch ohne dieses wird jeder Sozialhygieniker voraussetzen können, daß bei einer derartigen ärztlichen Versorgung vielleicht die Kassenfinanzen gebeihen, die Volksgesundheit aber schwersten Schaden erleiden würde. Wenn nun gar noch die Behandlung dieser Masse in Beratungsstellen stattfinden sollte, so kann man nur diejenigen bedauern, denen in solchen Krankenkassen-Revierstudien ärztliche Hilfe zuteil werden würde.

Die Bergherren gegen die Maifeier.

Wie der Ill. aus Kreisen des Bergbaues mitgeteilt wird, steht der Bergbau auf dem Standpunkt, unter allen Umständen die Förderung am 1. Mai aufrechtzuerhalten, da angesichts der Kohlenlage der Ausfall von etwa 1½ Millionen Tonnen Steinkohle eine schwere Schädigung der Wirtschaft bedeuten würde. „Unentschuldigtes Fehlen wird als willkürliches Feiern betrachtet und bestraft. Den Arbeitwilligen wird Arbeitsmöglichkeit gegeben werden.“

In einer zweiten Meldung berichtet sich die Ill. bereits dahin, daß der Ausfall nicht 1½ Millionen Tonnen, sondern nur ¼ Millionen Tonnen betragen würde. Selbstsame Ferklinger postieren bisweilen in der Höhe des Gefechts. Wertwürdig auch, daß die gleichen Kreise, die am 1. Mai den Verlust einer Tagesförderung als unbedeutenden Verlust ansehen, durchaus an der Feier des 1. und 2. Bettages festhalten, obwohl die Arbeiterschaft die Feier dieses Tages durchaus nicht wünscht und an ihm arbeiten möchte!

Im übrigen werden sich die Bergarbeiter ihren Feiertag durch die Drohungen des Bergwerkkapitals nicht rauben lassen.

Im Gegensatz zu den englischen Scharfmachern des Bergbaues hat der Magistrat von Kassel einstimmig — also auch mit den Stimmen der gesamten bürgerlichen, zum Teil sogar rechtsstehenden Magistratsmitglieder — beschlossen, daß am 1. Mai sämtliche städtischen Bureaus, Dienststellen, Kassen usw. geschlossen werden und auch sämtliche städtischen Schulen zu feiern haben.

Julius Stahl Nachs.

Man schreibt uns: Die „Kreuzzeitung“ besaß sich kürzlich über, daß der Verfasser des Gutachtens der preussischen Regierung über die Stellung des Staatsrats der „Jionist“ Ministerialrat Dr. Badt sei. In diesem Zusammenhang dürfte es nicht ganz unangebracht sein, darauf hinzuweisen, daß der Verfasser des Gutachtens der beiden Rechtsparteien der Sohn des ungarischen Juden Ester-Somso ist, der zwar durch seine Hochschulstätigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, aber in seinem Namen — das ungarische Wort Somso bedeutet auf deutsch „Steier“ — die Erinnerung an seinen ursprünglichen Namen stolz mit sich herumträgt.

Soweit die Zukunft. Uns mündert die Sache nicht. Auch die eingetragenen Antisemiten haben an der jüdischen Abkunft von Hochschulprofessoren niemals Anstoß genommen, wenn diese nur die konservative Sache vertritt. Beruhte doch die gesamte konservative Staatsauffassung letztendlich auf den staatsrechtlichen Lehren des Professors Julius Stahl, eines getauften Juden.

Königliche Schutzpolizei?

Aus Potsdam wird uns folgendes Schriftstück übermittelt:
Hundertschaft II.

Bezahl vom 22. April 1922. Nr. 27.

Um jede Weiterung zu vermeiden, hat sich der Wachhabende der Wache Cäcilienhof vor Beginn des Dienstes beim Wärter zu erkundigen, welche Mitglieder des königlichen Hauses im Schloße anwesend sind, und seine Feststellungen den Beamten bekanntzugeben.
g. v. Bauer.

Drei Fragen: Wieso gibt es für die Potsdamer Schutzpolizei ein „königliches Haus“? Und welches dringliche Interesse hat für die von der Republik besoldeten Beamten die Frage, ob Mitglieder dieses Hauses anwesend sind? Welchen Zweck dient überhaupt die Wache Cäcilienhof, etwa der Ersparung von Kosten und Beamten?

Es gibt zu wenig Abzeichen. Das Reichswehrministerium teilt nach der Korrespondenz B. S. mit:

„Wesche zum Erwerb des Kolonialabzeichens sind von den Angehörigen des ehemaligen Schutzgebietes Kiautschou, die während des Weltkrieges 1914/18 im Schutzgebiet Kiautschou tätig gewesen sind, an das Reichswehrministerium, Berlin W 10, Königs-Augusta-Str. 38/42, zu richten usw.“ Man wird demnach eine Prämie auf Entdeckung eines Deutschen aussetzen müssen, der noch ohne ein blechernes Abzeichen ist!

Der Baum.

Eine Fabel von Henni Lehmann.

Auf dem Dachrande oberhalb meines geöffneten Fensters saßen zwei Vögel.

Ich konnte nicht sehen, was für Vögel es waren; doch der eine mußte ein sehr vornehmer Vogel sein, denn er sagte zu dem anderen:

„Ach, begreife nicht, daß Sie auf diesem Hause wohnen wollen. Es ist ein ganz gewöhnliches Haus. Es hat viele Stockwerke, und es wohnen lauter Proletarier darin. Auch die Aussicht ist schlecht, denn das Haus gegenüber ist eben solch gewöhnliches Proletarierhaus, und zwischen beiden ist nur ein schmaler Gartenstreifen, in dem ein einziger Baum steht.“

„Oben dieses Baumes halber wohnt ich hier,“ sagte der andere Vogel, „denn ich liebe ihn.“

„Das begreife ich nicht. Es ist ein ganz gewöhnlicher Baum. Höchstens ist er ein wenig höher als die anderen. Er ragt ja sogar über die Dächer der beiden hohen Häuser hinweg.“

„Ich habe ihn gekannt, als er ganz klein war,“ sagte der zweite Vogel. „Damals reichte er noch nicht bis zu den Fenstern des Erdgeschosses. Er mußte sich sehr recken, um da unten, auch nur einen feinen Sonnenstrahl zu erhalten. Seine Triebe waren spitz und dünn und bloß, wie die Gefäße der Proletarierkinder, die in den Häusern wohnen. Aber er reckte sich nach Kräften und kam immer höher, bis er in die volle Sonne hineinwuchs. Ja, Sie haben recht, nun ist er höher geworden als alle anderen und kann weiter sehen als sie.“

„Ach, wundere mich nur, woher er die Kraft nahm, so hoch zu wachsen,“ sprach der erste Vogel.

„Na, wer in so hohem Erdreich wurzelt, der lernt es, sich mit den Wurzeln festzuklamern und alle Kräfte zu sammeln, um sich zu behaupten. Und dadurch wird er stark. Sehen Sie nur, jetzt will er kühlen. Und weil er höher ist als die anderen und der Sonne näher, so werden seine Blüten stärker sein und süßer duften als die aller anderen Bäume.“

„Was macht das? Er ist von gewöhnlichem Herkommen und wird immer ein proletarischer Baum bleiben.“

„Vielleicht liebe ich ihn auch darum,“ sagte der zweite Vogel. „Ueber den Geschmack ist nicht zu streiten,“ meinte der vornehme Vogel und flog davon. — Doch der Baum öffnete eine erste Blüte und sandte ihren Duft hinüber zu dem kleinen Vogel am Dachrande, der sein Nest baute. Auch zu mir hinein bringt der Duft und umspielt mich, während ich dies schreibe.

In jeder Fabel gibt es eine Auklanwendung. Wer dies liest, mag sie sich ziehen.

Fridericus Rex und die unehelichen Geburten.

Der Reichstag hat sich für die Disziplinierung der unehelichen Mütter ausgesprochen. Alle Vertreter der bürgerlichen Parteien sprachen sich im Sinne dieses Beschlusses aus.

Ist keinem von ihnen in den Sinn gekommen, daß jede Strafmaßnahme gegen die Mütter in erster Linie deren unehelichen Kinder trifft? Sind diese Volkserbtreiber oder noch der Meinung, daß das unschuldige Kind getroffen werden soll, dann muß ihnen aus den Reihen ihrer Mütter deren gegenteilige Meinung gelogt werden.

Fridericus Rex ist heute bei jedem nationalistischen Rumme (oft zu Unrecht) in aller Munde. Lassen wir ihn doch auch einmal zu uns sprechen, wenn es sich um menschliches Denken handelt, das der vorgenannte Reichstagsbeschluss so sehr vermissen läßt:

Ueber die Gründe, Gesetze einzuführen oder abzuschaffen.

Die Schulgesetzgebung erfordert die meiste Vorsicht und Klugheit. Wenige, aber weise Gesetze machen ein Volk glücklich; viele verwirren das Volk.

In manchen Gesetzen hängen die Menschen bloß, weil sie meist Gewohnheitsler sind; obgleich man bessere einführen könnte, wäre es vielleicht doch gefährlich, sie anzutasten.

Die natürliche Billigkeit verlangt ein wahres Verhältnis zwischen Verbrechen und Strafe.

Wird das Abstreifen der Leibesfrucht bei uns nicht sehr hart bestraft? Ist durch die Verträge nicht eine Art von Schande mit der heimlichen Niederkunft verknüpft? Kommt ein Mädchen von zu frühlichem Gemüte, das sich durch die Schwüre eines Wüstlings hatte verführen lassen, infolge ihrer Leichtgläubigkeit nicht in die Notlage, zwischen dem Verlust ihrer Ehre und ihrer unglücklichen Leibesfrucht zu wählen? Ist es nicht Schand der Gesetze, daß sie in eine so grausame Lage gedrückt? Wäre es nicht besser, das Uebel mit der Wurzel auszurotten und so viele armen Geschöpfe, die jetzt elend umkommen, zu erlösen, indem man die Folgen einer unvorsichtigen und skatterhaften Liebe nicht mehr mit Schande bedeckt? (1749. November.)

Brief an die Gräfin von Camas.

Ich bin gegen die Schwächen unserer Gattung sehr nachsichtig und kenne die Hoffungen nicht, die Kinder bekommen. Sie pflanzen unser Geschlecht fort, anstatt daß jene düstern Poltiker es durch ihre verderblichen Krüge vernichten. Ich gestehe Ihnen, daß mir die allzu jählichen Temperamente lieber sind als jene Keuschheitsdrachen, die ihreselischen zerfleischen, oder als jene intriganten Weiber, die im Grunde hohstoll sind und nicht als Schaden stiften. Das Kind muß man gut erziehen und die Familie nicht beschimpfen. Das arme Mädchen soll ohne Aufsehen vom Hof entfernt, ihr guter Namen aber so viel gekostet werden wie möglich. (1780. 3. Dezember.)

Die „russische Gefahr“. Die Seuchengefahr, die uns aus der russischen Hungersnot und den dort herrschenden traurigen Verhältnissen erwächst, wird von Prof. A. Gottstein in einem Aufsatz der „Amshau“ behandelt. Mit einigen Zahlen wird die geradezu furchterliche Lage der Bevölkerung der Seuchengebiete veranschau-

licht. Die Choleraerkrankungen der ersten acht Monate 1921 überstiegen 150 000; von der Höhe darf man annehmen, daß die eine Million Erkrankungen, die im Jahre 1920 gezählt wurde, 1921 bereits in den ersten acht Monaten erreicht ist. Die Erkrankungen am Fleckfieber hatten sich 1920 gegen 1917 verdreifacht, und man muß damit rechnen, daß 8–10 Proz. der an dieser Krankheit Leidenden sterben. In den Jahren 1917–1921 sind etwa 11 Millionen Erkrankungen an den hauptsächlich verbreiteten Seuchen amtlich gemeldet worden. Die Bevölkerungsziffer Rußlands, die vor dem Kriege 160 Millionen betrug, wird vom Völkerbund auf 100 Millionen angegeben, dürfte aber nach russischen Statistiken weit niedriger sein. Infolge der Veränderungen durch den Waffenstillstand und den Versailler Vertrag ist der Grenzschutz vollständig durchbrochen worden. Polen ist ein starker Seuchenerb, der sich bis in die früher preussischen Gebiete weit nach Westen erstreckt. Bisher ist es gelungen, Deutschland von diesen Seuchen so ziemlich freizuhalten. Die Erkrankungen an Fleckfieber, dieser furchtbaren Seuche, deren alter Name „Hungerpest“ wieder zu seinem Recht kommt, waren verhältnismäßig niedrig und nahmen von Jahr zu Jahr ab. Wenn aber nicht bald eine allgemeine internationale durchgreifende Abwehr einsetzt, deren wichtigste Aufgabe natürlich die Erfassung des Uebels an seinem Sitz wäre, dann wird Deutschland hoch von den Seuchen bebroht werden.

Das Varieté im Kino. Die von einigen vornehmlich großstädtischen Kinotheatern eingebürgerte Gewohnheit, der Filmshow auch eine Bühnenshow anzugliedern, macht immer mehr Schule. Nur rückt man allmählich wieder von der Uebung, des Kinoprogramm durch die Ausführung von Stücken zu unterbrechen, ab, und gibt immer häufiger gemischtes, also ausgesprochen von Kabarett- und Varieténummern durchwirktes Programm. Die durch den Zusammenbruch zahlreicher Kabarettts obdachlos gewordene Kleinkunst erobert sich wieder eine Stätte. Ein sehr ernsthaftes Berliner Varietétheater, ein Ufa-Theater, ließ sogar kürzlich zwischen zwei Filmen eine junge Pianistin Beethoven und Chopin vorgetragen. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, daß Kino-Varietés oder Kino-Kabarett weit günstiger abzuzeichnen als Lichtspieltheater, die nur den Film in ihrem Programm haben. Im Grunde genommen paßt in das Kino eigentlich nur die Kritik. Je nach der Art und dem Publikum eines Lichtspieltheaters wird aber auch das literarische Programm sehr gut und den Besuch fördernd am Platze sein. Jede Lichtspielbühne kann mit relativ recht geringen Kosten in ein Kino-Varieté oder ein Kino-Kabarett verwandelt werden.

Der Reichsschulausschuss verhandelte am zweiten Tage über die Durchführung des Heimagrundgesetzes und des heimatkundlichen Unterrichts in der Schule und empfahl den Rändern die mögliche Verwirklichung der Lehre der Reichsschulkonferenz. Im Interesse der Förderung des Lehrfilms wurde die Einrichtung von Schul-Kino-Gemeinden für erwünscht gehalten. Zur Frage der Gestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts nahm man eine Entscheidung an, die besonders die Notwendigkeit der Vorbildung der Lehrkräfte für die Staatsbürgerkunde hervorhebt.

Die Methoden der Vorkriegsdiplomatie.

Weitere Beweisaufnahme im Prozeß Fehrenbach.

München, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Verhandlungstag des Prozesses über die Eisenerischen Dokumente hat sehr zum Leidwesen der Münchener nationalpolitischen Presse, welche die Austragung der Angelegenheit vor Gericht sich wohl ganz anders vorgestellt hat, den Beweis von dem ehrlichen Willen Kurt Eisners auf der einen Seite und der Unfähigkeit und Ungehörigkeit der vor seinem Mittel zurückbleibenden deutschen Vorkriegsdiplomatie andererseits erbracht. Es wurde eifrig erörtert, daß Kurt Eisner neben der bekannten Publikation auch noch eine Aufforderung an die Reichsregierung gerichtet hat, alle Kriegsdokumente unverzüglich zu veröffentlichen. Der kräftigste Ankläger Kurt Eisners, der Rektor der Münchener Universität, Alexander v. Müller, mußte vor Gericht zugeben, daß ihm die Verichtigung Eisners über die Urheberchaft des sogenannten Verchenfeldschen Berichts bekannt gewesen sei in dem Augenblick, in dem er vor aller Öffentlichkeit

Den Vorwurf der Fälschung

gegen Eisner erhoben hatte. Die persönliche Anständigkeit Eisners bezogte u. a. Graf Soden, Legationsrat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin. Er gab aus seinen Aufzeichnungen eine Unterredung mit Eisner bekannt, in welcher dieser Lloyd George und Wilson als aufrichtige Männer und Idealisten bezeichnete. Er hätte das größte Vertrauen zu ihnen und läche sich darin nicht irren zu lassen. Ferner bezogte der bayerische Staatsrat v. Büssel, daß Eisner in einer Besprechung mit dem Ministerialbeamten den Eindruck gemacht hätte, er habe „in dem Wahn besungen gehandelt, damit etwas Gutes für Deutschland zu tun“. Der einjährige, der mit Steinen auf den toten Eisner warf, war der Führer der bayerischen Demokraten, Dr. Durr, der die Ursache, daß Eisner das bekannte Material mit nach Hause nahm, zu der Unterstellung mißbrauchte, Eisner habe seine angebliche Fälschung durch Befestigung der Originale vertuschen wollen. Er hätte die Dokumente sofort zurückliefern müssen. Auch der Vorhalt des Privatklägers, daß Eisner ja durch seine Ermordung verhindert worden sei, hätte den dreispurigen Bajoranen nicht in seinen Beschimpfungen des toten Eisner.

Das diplomatische System der Vorkriegszeit wurde in dem Prozeß auf das schwerste belastet. Graf Soden stellte fest, daß es drei Sorten des diplomatischen Zwischenerverkehrs gab: 1. Die Berichte an die Regenten, 2. an die Ministerpräsidenten, 3. an die Staatsministerien. Die Privatbriefe der Könige und Ministerpräsidenten wurden jedoch als amtliche persönliche Dokumente je nach ihrem Inhalt bewertet und zu den Akten genommen oder nicht. Graf Verchenfeld bestätigte die Methode der dienstlichen und außerdienstlichen Korrespondenz und deren gelegentliche Verwischung. Er gibt zu, daß von ihm gar keine Abschriften von persönlichen Schreiben gemacht und zu den Akten gelegt worden sind. Der Zweck solcher Berichte könnte verschiedener Art sein. Man könnte unter Umständen auch einen Bericht bei einem Gesandten in Auftrag geben

nur mit dem Zweck der Täuschung.

Die Authentizität des gefälschten verchenfeldschen Schreibens mit der Anweisung an den bayerischen Ministerpräsidenten, die Kenntnis des wesentlichen Inhalts des Ultimatum an Serbien abzuleugnen, wird sowohl vom Grafen Soden als vom Grafen Verchenfeld anerkannt.

Die Verhandlung ergab aber noch eine weitere Belastung der Vorkriegsdiplomatie durch die eifrige Erhärtung der

Befestigung der Akten über den Kriegsanbruch.

Staatsrat Büssel sah sich zu dem Geständnis gezwungen, daß er ausgerichtet die drei Gesandtschaftsberichte über die Vorgeschichte des Krieges am 8. November 1918 habe verbrennen lassen, angeblich aus Angst vor dem Mißbrauch durch die Revolutionäre. Büssel machte vor dem Gericht den Eindruck eines lediglich auf höhere Befehle reagierenden ergrimmten Beamten.

Das traurigste Bild auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung v. Lersner, der bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser verurteilte den Beweis der schädlichen Wirkung der Eisnerschen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine agitatorische Ausbeutung der Behandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 75jährige Graf Verchenfeld, der sich mit einem gewissen Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Blamage der bewußten Verfälschung der Öffentlichkeit auf sich nahm.

München, 28. April. (WZ.) In der nachmittags fortgeführten Verhandlung des Prozesses Fehrenbach gegen Professor Lehmann

Der Bact als Bürgerpflicht. Die Stadtväter von Sacramento haben, wie der „New York Herald“ zu melden weiß, beschloßen und feierlich verordnet, daß alle erwachsenen Bürger der Stadt Bärte tragen müssen. Wer diesem Befehl zuwiderhandelt, wird mit einer Strafe von einem halben Dollar bestraft. Zugleich aber wird denjenigen, die sich keines üppigen Haarwuchses von Natur erfreuen, die Befehle der Gesichtshaare sehr erleichtert. Denn bei hoher Geldstrafe ist die Benutzung jedes Bartförderungsmittele unterlag. Die vorchriftsmäßige Bartritzung sind Koteletten, und falsche Bärte werden erst recht nicht gestattet. Der Grund für diese eigenartige Maßnahme ist der, daß die Stadt bei ihrem Jubiläum, das an die Kämpfe gegen die Indianer erinnern soll, möglichst würdig und städtisch auftreten will.

Künstliche Hilfe für die Hungernden in Rußland. Am Sonnabend, den 29. April, bricht Ribbentrop Straße 38 Hermann Schäfer über den Untergang der Intelligenz — die Religion und Rußland.

Die Frühjahrsausstellung der Kornsteuer wird Sonntag, den 30. April, eröffnet. Am 8. Mai läßt die Kornsteuer einen Vortrag von Dr. Meißner über Rußland, Japan und die Welt. Am 10. Mai einen Vortrag von Prof. Dr. H. H. über die neue Kunst in Rußland halten. Eintritt wird nicht erhoben.

Einem Vortragabend zum Gedächtnis Ludwig Kubiners mit dem Thema: „Der Kampf gegen die Welle“ veranstaltet Sonntag, den 30. April, im Altdorfer-Saal Alfred Deterle und Rudolf Leonhard.

Der Komponist Hans Sommer ist in seiner Vaterstadt Braunshausen im 85. Lebensjahr gestorben. Unkränzlich Leber und dann Direktor an der Technischen Hochschule zu Braunschweig, widmete er sich später ganz der Musik. Zahlreich sind seine Uebersetz- und Opernkompositionen. Auch an der Gründung der „Gesellschaft deutscher Tonkünstler“ war Sommer beteiligt.

Gaulesches Häubel-Jahr 1922. Die Stadt Halle will in diesem Jubiläum das Gedächtnis ihres größten Sohnes festlich begehen. An der Zeit vom 25. bis 28. Mai soll ein Liedbuch über das gesamte Gaulesche Häubel-Jahr herauskommen. „Gaul“ und „Sulanna“ als Dialekte, „Orlando“ als „Oper“, ein „Räuber“, ein „Kammer“, und ein großes Einleitungsstück werden vorgeführt. In Berlin hat bei Vorhe u. Hof und H. Bertz beim Karten zu haben.

Das neue Museum der Halle Koburg. Die Wiederanbauarbeiten auf der Halle Koburg nehmen trotz der kalten Zeiten rüstigen Fortschritts. Inzwischen wurde das Mäuslein des den Heilhof abschließenden sog. Kongresshauses begonnen. Mit diesem Bau werden die Räume, die für das Museum der Halle bestimmt sind, vollständig sein und die bisher ungenutzt ausgebliebenen bedeutenden Sammlungen werden erst dann zur vollen Geltung kommen.

Das Gindens werden immer noch Wachen. Der Rat der Volkskommission hat die Beschlagnahme der Glocken aus Kirchen, die wenig oder gar nicht benutzt werden, beschlossen. Die konfiszlierten Glocken werden in staatliche Fabriken gelandt, um zu Waffen umgeschaffen zu werden.

Neuport, die größte Stadt der Welt? Nach den endlich ausgerechneten Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1920 ergab sich für die Stadt Neuport nach dem Stand vom Januar 1920 eine Einwohnerzahl von 7 829 074; das sind 34 508 Einwohner mehr, als London, die bis dahin größte Stadt der Welt, im Juni 1921 zählte. (Der Vergleich ist schwierig, weil normalmäßig und keine wirtschaftlichen Begriffe der Statistik zugrunde liegen.)

melde sich Graf Verchenfeld nochmals zur Aussage und legte ein Antwortschreiben des Grafen Hertling vom 11. Dezember 1914 auf seinen Brief vom 9. Dezember 1914 vor, in dem Graf Hertling betonte, daß seine Kenntnis über das Ultimatum vor dessen Publikation sich nur auf den Schoenschen Bericht stütze, und daß er es für ausgeschlossen halte, daß er gegenüber dem französischen Gesandtschaftsträger die Kenntnis des Ultimatum zugegeben habe. Als dann beschloß das Gericht, beim Auswärtigen Amt nochmals telegraphisch anzufragen, ob es den Fürsten Lichnowsky hinsichtlich der Beantwortung einer Reihe genau aufgestellter Fragen, die sich alle auf die wesentlichen Behauptungen in seinem bekannten Memorandum beziehen, doch von der Schweigepflicht entbinden wolle, was zunächst abgelehnt worden war. Zusammenfassend soll Fürst Lichnowsky zum kommenden Dienstag geladen werden. Graf Montgelas, als Sachverständiger vereidigt, beschäftigt sich in seinem Gutachten zunächst mit dem Schoenschen Bericht, aus dem nach seiner Ansicht in der Eisnerschen Veröffentlichung gerade die Stellen fortgelassen seien, aus denen klar hervorgehe, daß die Berliner Regierung den Krieg nicht wollte.

Die Teuerungszuschläge der Beamten.

Der Beamtenauschuß des Preussischen Landtages stellte sich am Freitag auf den Boden folgender Forderungen der Spitzenverbände: 1. Der allgemeine Teuerungszuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und zu den Kinderzuschlägen ist auf 60 Proz. zu erhöhen; 2. der bisherige Sonderzuschlag auf die ersten 10 000 M. ist in der Weise zu verändern, daß auf die ersten 15 000 M. ebenfalls 60 Proz. (Kopfschlag) gewährt werden. Das Staatsministerium soll sich für diese Forderungen gegenüber der Reichsregierung einsetzen.

Gemeindearbeiter und Gewerkschaftskongreß

Die gestrige Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Gewerkschaftsbund beschäftigte sich zunächst mit der Behandlung des Schiedsspruches in der Stadtverordnetenversammlung, worüber wir noch berichten werden. Beschlossen wurde, die Verbindlichkeit des Schiedsspruches vom 14. April beim Reichsarbeitsministerium zu beantragen. Durch Säulenanschlag soll die Bürgerschaft über die Höhe des Schiedsspruches aufgeklärt werden. Ferner soll am Dienstag nachmittag eine Protestaktion der städtischen Arbeiter vor dem Rathaus unternommen werden.

Ueber den Ausschluß der SPD.-Mitglieder von der Kandidatenliste zum Gewerkschaftskongreß ist beim Hauptvorstand des Verbandes Beschwerde erhoben worden, worauf dieser in einem Schreiben an die Disziplinierung der Beschwerde als berechtigt anerkannt hat. Die Aussprache hierüber führte zu keiner Einigung. Der Antrag, je drei Kandidaten von jeder Partei auf die Liste zu setzen, wurde mit 142 gegen 118 Stimmen abgelehnt. Nach Ablehnung weiterer Vermittlungsanträge verließen unsere Genossen, einer Aufforderung Kommerzienrats folgend, mit Polester den Saal, worauf die Versammlung vertagt wurde.

Unter den 103, die den Saal auf diese Aufforderung verließen, befanden sich neben unseren Genossen auch Mitglieder der U.S.P. und A.P.D.; sie faßten einstimmig einen Beschluß, in dem es heißt: Die Generalversammlung hat erneut mit schwacher Mehrheit — 142 gegen 118 Stimmen — beschlossen, unter Ausschaltung der Mitglieder der SPD. eine politische Liste der A.P.D. und U.S.P. zum Gewerkschaftskongreß aufzustellen. Wir erheben Protest gegen diese Auffassung nach einseitig politischen Gesichtspunkten, die unter Außerachtlassung gewerkschaftlicher Grundzüge erfolgt ist. Die Ausschaltung eines erheblichen Teiles der Berliner Mitgliedschaft von der Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß muß von schwerem Rückschlag für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Berlin sein. Mit besonderer Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen die Mitglieder der Ortsverwaltung und erweiterten Verwaltung, die unter Außerachtlassung der Beschlüsse dieser Körperschaften sich bereitgefunden haben, für diese einseitige politische Liste zu kandidieren. Durch diese Handlungsweise ist jedes Vertrauen zur gemeinsamen Arbeit erschüttert. Wir verpflichten uns, alle Kräfte einzusetzen, um im Rahmen der Organisation die Aufgaben freigewerkschaftlicher Arbeit zu erfüllen. Zum Zeichen des Protestes gegen die Verwahrlosung haben wir die Versammlung verlassen. (Folgen 103 Unterschriften.)

Das Saarvolk protestiert.

Saarbrücken, 27. April. (WZ.) Eine von etwa 4000 Personen besuchte Versammlung im städtischen Saalbau protestierte gegen die aufgezwungene Parlaments-Koritur. Drei Redner der einladenden Arbeiterpartei und des Kartells freier Gewerkschaften kritisierten eingehend die Einrichtung des Landesrats. Einstimmig wurde dann die Regierungskommission aufgefordert, unermüßlich den Entwurf zurückzuziehen und unter Hinzuziehung der Vertreter der Parteien einen neuen Entwurf auszuarbeiten. Es wird erklärt, daß die Arbeiterschaft zur Durchführung dieser Forderung in schärfste Kampfstellung treten werde. Die Vorstände der Parteien werden aufgefordert, die Kräfte des arbeitenden Volkes zu sammeln, um in geeigneter Weise die Erfüllung ihrer Forderungen durchsetzen zu können. Schärfften Protest gegen die Diktatur der Regierungskommission und gegen die politische und wirtschaftliche Anedelung der wertvollen Massen an der Saar zu erheben, müsse die Parole lauten. Die U.S.P. und die A.P.D. fügten hinzu, daß sie die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ablehnen.

Polenmunition in Danzig.

Danzig, 28. April. (WZ.) Der Verband der Metallindustriellen Danzigs erhebt in einer Eingabe an den Senat Einspruch gegen die Entscheidung des Oberkommissars, monach die Polen im Danziger Hofengebiet ein Munitionslager einrichten dürfen. Die Einrichtung eines Munitionslagerplatzes an dieser Stelle bedeutet eine derartige Gefährdung der industriellen Betriebe, die fast alle im Gefahrenbereich liegen, daß ihre Aufrechterhaltung in Frage gestellt werde.

Wegen polenfeindlicher Gesinnung wurde der Hauptgeschäftsführer der „Deutschen Nachrichten“ in Bromberg zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil zwei Sätze einer Polemik gegen den polnischen Chauvinismus eine Verortung des Obersten Polnischen Volksrates verließen — dessen Ufose durch die polnische Verfassung außer Kraft gesetzt sind!

Drei polnische Protestnoten an Sowjetrußland fordern Rückgabe forgeführter Werte aus dem Binnengebiet, protestieren gegen die Beschlagnahme des Eigentums katholischer Kirchen in Rußland und lehnen das russische Verlangen nach polnischem Schadenersatz für die Taten der Truppen Petljuras ab.

Paul Deschanel gestorben. Der ehemalige Präsident der französischen Republik, Paul Deschanel, ist Freitag nachmittag gestorben. Er war Rechtsanwält, elegant, lange Kammerpräsident; während seiner Präsidentschaft brach bei ihm die Gehirnerkrankung aus, in der er auch aus dem Eisenbahnzug fiel.

Die belgischen Schlafwagen, angeblich 200, sind im Kriege von Deutschland enteignet worden. Der Prozeß darum wird am 8. Mai vor dem deutsch-belgischen Schiedsgericht in Genf (immer wo der Aufenthalt am meisten kostet) unter Prof. Marcias Vorzug verhandelt.

Ein amerikanisches Urteil.

Das amerikanische Kongressmitglied Fred. A. Britten, der zum Zwecke einer wirtschaftspolitischen Studienreise in Deutschland weilte, äußert sich u. a. wie folgt:

Amerikanische Finanziers müssen überzeugt sein, daß der Militarismus in Europa ein Ende nimmt — und das hat gerade auf Frankreich Bezug — ehe amerikanisches Kapital, welches tatsächlich Betätigung sucht, sich dazu bereit finden wird, seinen Anteil an der Aufgabe zu übernehmen, die Industrie der Welt wieder in den vorkriegszeitlichen oder normalen Zustand zu bringen.

Amerika wünscht Kapital in Zentraleuropa arbeiten zu lassen, aber Amerika muß sicher sein, daß das investierte Kapital vernünftig verwendet wird zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zum gemeinsamen Wohl von Zentraleuropa und Amerika.

Amerikanischer Kredit und amerikanische Rohstoffe — zu hunderten von Millionen Dollar — warten nur auf ein reorganisiertes, vernünftiges, friedliches Europa und lediglich diese einzige Versicherung ist notwendig — von meinem Standpunkt aus — um in der ganzen Welt wieder Wohlstand und geregelte Verhältnisse (Normalen) herbeizuführen.

Der Welt Gold liegt gefesselt in Amerika und der Welt Wohlstand hängt von der Lösung dieser Fesseln ab. Amerika war bisher fair und geduldig, jedoch es ist nur eine Frage der Zeit, daß die politischen Obstruktionisten, welche jetzt den Fortschritt der Welt behindern, beiseite geschoben und die früheren Geschäftsverbindungen zwischen Deutschland und Amerika wieder hergestellt und aufrechterhalten werden, trotz fremder Einflüsse.

Es sollte französischem Militarismus nicht erlaubt sein, den Handelsverkehr der Welt abzuschneiden.

Prag und die Sanktionen.

Prag, 28. April. (WZ.) Die deutsch-bürgerlichen Senatoren brachten eine dringende Interpellation ein, worin sie gegen die eventuelle Beteiligung der Tschechoslowakei an Sanktionsmaßnahmen gegen Deutschland feierlich Einspruch erheben und die Regierung auffordern, eine öffentliche Erklärung darüber abzugeben. — Eine Anfrage gleichen Inhalts richteten die deutschen sozialdemokratischen Senatoren in einer Obmannerkonferenz an die Regierung. Von tschechischer Seite wurde erwidert, daß es sich lediglich um haltlose Gerüchte handle.

Entente und Sowjetrußland.

Genau, 28. April. (Soziald. Parlamentsdienst.) England, Frankreich und Italien haben jedes einen Entwurf der an die russische Abordnung zu richtenden Fragen vorgelegt. Wie es heißt, werden gefordert: Grundständige Anerkennung der Vorkriegsschulden, deren Herabsetzung in Aussicht gestellt wird, gegenseitige Aufrechnung der Kriegsschulden und Schadenersatz für die Enteignungen durch Erteilung von 25jährigen Konzessionen. Von der Anerkennung der Sowjetregierung und von einer Anleihe für Sowjetrußland soll in dem Schreiben nicht die Rede sein.

Tschitscherin sagte einem Redakteur des „Ordine Nuovo“: Die Verhandlungen erfahren lediglich durch die Frage des sozialistischen ausländischen Eigentums eine Unterbrechung. Durch unseren Vorschlag einer Anleihe hätte die Frage der Vorkriegsschulden längst geregelt werden können. Die große Masse der kleinen Besitzer russischer Obligationen wäre durch die Annahme unserer Vorschläge befriedigt worden. Der Vertrag kommt vielleicht nicht zustande durch die Schuld einer kleinen Gruppe von Schiebern der Hochfinanz, die von dem Kriege an der russischen Industrie interessiert waren. Wenn wir von der Befriedigung unserer Bedingungsabhängiger sprechen, so meinen wir damit vor allem die Wiedererstattung der Schäden, welche kleinen Rentnern und Arbeitern infolge der Rationalisierung widerfahren sind. In diesem wie in jedem anderen Falle wird man in Rußland vor allem die Ansprüche der Arbeiter zu befriedigen suchen.

Moskau, 28. April. (WZ.) Der Bericht Kamenews im Plenum des Westauer Sowjets über die Genuefer Konferenz war gegenüber den früheren Äußerungen wesentlich herabgestimmt. Die Tatsache, daß Tschitscherins Antrag auf allgemeine Abrüstung und Einkerbung einer Weltfriedenskonferenz abgelehnt ist, zeige die Unmöglichkeit einer Entscheidung der Kardinalfragen. Bereits jetzt sei man auf Wirtschaftsverhandlungen beschränkt, wobei ebenfalls schwere Hindernisse vorlägen, namentlich in den Privatinteressen der früheren russischen Eigentümer, die hinter den diplomatischen Vertretern der Entente ständen.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ ist durch die unverhältnismäßig steigende Verteuerung der Herstellung leider gezwungen, ihr Abendblatt mit dem 1. Mai eingehen zu lassen.

Der „Vorwärts“

Ist das unentbehrliche Organ aller Sozialdemokraten, die sich täglich über die politischen, wirtschaftlichen und kommunalen Vorgänge eingehend unterrichten wollen. Es ist das beste Mittel, um die Ideen der Sozialdemokratie in weitesten Kreisen zu verbreiten, um neue Anhänger für die Partei zu gewinnen.

Indem du für den „Vorwärts“ neue Leser wirbst, sorgst du gleichzeitig für eine Stärkung des Einflusses der Gesamtpartei. Deshalb muß jeder sich zur Aufgabe machen, noch zum 1. Mai neue Freunde zu gewinnen für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der täglich erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 35 M. pro Monat Mai

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

born _____ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bet _____

Durchs Annatal nach Strausberg.

Von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn fahren wir bis Strausberg und wandern dann neben der Bahn gen Ost bis zur Chaussee. Hier wenden wir uns von der Bahn ab nach links bis zur Landhausstraße.

Wir überschreiten hier das Fließ und kommen zum Herrensee, der bis 4 Meter tief ist. Der ausgedehnte Bekandungsgürtel bietet gute Lebensbedingungen für Wasservögel.

Strausberg oder Struceberghe, wie die Stadt in alten Chroniken genannt wird, war eine „Bassersesse“, die künstlich mehr oder weniger durch die Wallgräben unter Wasser gesetzt werden konnte.

Der Straussee hat in früheren Zeiten manchen Wandelung erregt. Am 24. Dezember 1737 farbte er sich ganz rot. Er trat kurz darauf zu, und auch das Eis blieb den ganzen Winter hindurch rot.

Mit der Stadtfähre fahren wir über den Straussee, in dessen Fluten sich die Stadt am Straus spiegelt. Der See ist 3,8 Kilometer lang und an der Fährstelle etwa 100 Meter breit.

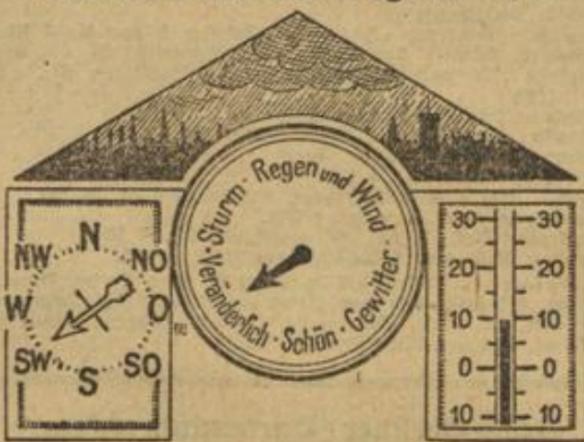
Noch einmal Gellow.

Ein Parteigenosse und Einwohner Gellows führt seinen Heimatort in dem letzten Wanderartikel „Rund um den Schiellowsee“ ein wenig zu stiefmütterlich behandelt.

der Bahnstraße Wildpark-Caputh-Gellow überbrückt. Auf einem wundervollen Waldweg, der etwa 10 Meter neben der Chaussee liegt, erreicht man in etwa 45 Minuten Gellow.

Jetzt wandert man am Behinsee entlang bis zum Wentorfgraben, dann quer über die neue Chaussee, die vom Bahnhof Caputh-Gellow nach Gellow führt, hinweg, am Schiellowsee entlang bis Baumgartenbrück.

Wie wird das Sonntagswetter?



In den letzten Tagen hatte das Wetter in ganz Deutschland ein recht veränderliches Gepräge. Ein schon zu Beginn der Woche zwischen Island und den Färern aufgetretenes sehr umfangreiches und mächtiges Tiefdruckgebiet war bis Dienstag morgen südostwärts bis zur Nordsee vorgedrungen.

Die Stadtbahnwagen der Zukunft.

Der erste der neuen elektrischen Stadtbahnwagen ist von einer Waggonfabrik in Berlin nunmehr fertig gestellt und soll in den nächsten Tagen als Ausstellungsobjekt in die Gewerbeausstellung nach München überführt werden.

Der neue Zonentarif.

Der jetzige Tarif für den Berliner Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr wird demnächst durch einen starren Zonentarif ersetzt, der das gesamte Verkehrsgebiet in Umkreise um Berlin in fünf feste Streckenabschnitte (Entfernungszonen) zerlegt.

Table with 2 columns: Tarifstufe (1. Preisstufe, 2. Preisstufe) and Anstoß für jede weitere Preisstufe (3. Kl., 2. Kl., 1. Kl.). Rows include Einzelkarten, Monatskarten, and Ringbahn.

für die Einzelkarte zu zahlen. Die Preise der Wochen- und Schülerkarten richten sich nach den bisherigen Grundfähen.

Steglich. Alle alten und neuen Abonnenten, die in den letzten Wochen nicht regelmäßig bedient worden sind, resp. bei denen die Zeitung überhaupt ausgeblieben ist, bitten wir, uns ihre Adressen umgehend telephonisch oder schriftlich zu übermitteln.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Einen Monat lang hatte er nun hier in wundervoller Ruhe gelebt. Seine Gesellschaft war die alte Magd, der Hund und die Kühe.

Aber jetzt war keine Ruhe dahin. Diese Nachricht von dem Schwurgericht empfand er wie einen kleinen Messerstich.

Als er diesen Abend keinen Schlaf fand, stellte er sich vor, wie gut sein Vater immer gewesen war. Aber da dies nicht genügte, stützte seine Gedanken zu dem jungen Mädchen.

„Du bist ein alter Knabe, Einar. Lebst in Büchern und hochtrabenden Ideen. Und inzwischen verrinnen deine besten Jahre, und du hast keine Jugend gehabt.“

Als er am nächsten Tage in den Bergen wanderte, blieb er oft stehen und schaute zur Buzwikal hinüber.

Eine Zeitlang war ihm gewesen, als sei die ganze Welt erloschen und als müsse er ins Wasser gehen, weil er sich zu leben schämte.

Langsam ruderte er über den klaren See, in dem sich der rote Himmel spiegelte. Die Dämmerung hüllte die stillen Ufer in feine Schleier.

Mädchen, denn dann blieb ihm keine Zeit, an wehe und böse Dinge zu denken. Er war nicht mehr allein. Sie und er — beide waren sie allein im Gebirge.

Sie waren einander so nahe, weil es so weit zum Kirchspiel war. Er hätte sie ja besuchen können, aber lieber wollte er sie zufällig treffen, vielleicht unten am See.

Da kommt ein Mann auf einem Gebirgspferd aus dem Kirchspiel, und che Einar es verhindern konnte, erzählte er, daß Wangen zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt ist.

Einar sah auf der Türschwelle und hörte zu. Er verbarg das Gesicht in den Händen und blieb unbeweglich sitzen.

„Und du willst im Herbst wieder anfangen zu studieren? Der du niemanden mehr in die Augen sehen kannst!“

„Ja, heute habe ich etwas Wichtiges“, sagte Frau Thora und nippte an ihrem Glas.

Der Direktor und seine Frau sahen sie aufmerksam an. Sie fuhr lächelnd fort, indem sie von einem zum anderen blickte.

„Aber wir, die wir hier sitzen, sind doch noch einigermaßen gut davongekommen. Ich bekam nur etwas in der Zeitung ab, weil ich so roh war, eines ihrer Kinder eine Zeitung zu mir nehmen zu wollen.“

„Ja!“ sagte Frau Heggen, schüttelte den Kopf und strichte weiter.

„Ja!“ sagte Frau Heggen, schüttelte den Kopf und strichte weiter.

Häusern und grünen Wiesen, und hinter dem Boot lagen in zwei langen Reihen die Kreise von seinen Ruderhölzern.

„Du großer Gott!“ dachte er. „Jetzt fange ich an zu verstehen, was Liebe ist.“

Eines Sonnabend nachmittags geht Thora von Vidarende am See hin. Es ist Erntezeit, und die Leute auf den Feldern nahmen für den Abend das Heu zusammen.

Sie biegt in die Allee, die zur Volkshochschule führt, geht in den Hof hinein und schnellte die Treppe hinauf.

Der Direktor gab zwar gerade Unterricht, aber als seine Frau hörte, daß Frau Thora ein wichtiges Anliegen habe, holte sie ihn doch.

„Ja, heute habe ich etwas Wichtiges“, sagte Frau Thora und nippte an ihrem Glas.

Der Direktor und seine Frau sahen sie aufmerksam an. Sie fuhr lächelnd fort, indem sie von einem zum anderen blickte.

„Aber wir, die wir hier sitzen, sind doch noch einigermaßen gut davongekommen. Ich bekam nur etwas in der Zeitung ab, weil ich so roh war, eines ihrer Kinder eine Zeitung zu mir nehmen zu wollen.“

„Ja!“ sagte Frau Heggen, schüttelte den Kopf und strichte weiter.

„Ja!“ sagte Frau Heggen, schüttelte den Kopf und strichte weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Die Straßenbahn am 1. Mai.

Arbeitsruhe nur am Vormittag.

Die Besprechungen zwischen der Verwaltung und der Personalvertretung der Straßenbahn über den Verkehr am 1. Mai haben jetzt ihren Abschluß gefunden. Der Betriebsrat hielt daran fest, daß dem gesamten Personal des Unternehmens die Teilnahme an den Vorkommnissen möglichst gemacht werde und lehnte deshalb einen auch nur beschränkten Verkehr am Morgen ab. Dagegen erklärte man sich bereit, vom Mittag ab wieder zu fahren. Die Straßenbahnen werden etwa um 1 Uhr sich in den Depots wieder einfänden, so daß von 2 Uhr mittags ab der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Weiße Woche im Polizeipräsidium.

Eine Ausstellung gestohlener Wäsche kann bis auf weiteres von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags im Zimmer 79 des Berliner Polizeipräsidiums besichtigt werden. Es handelt sich um Wäschestücke, die Dieben abgenommen wurden, deren Eigentümer aber nicht bekannt sind. Ein Teil der Wäsche ist bereits vor Mitte März gestohlen worden. Die verschiedenen Stücke sind M. L., M. P., F. H., G. B., F. G. gezeichnet. Ein Vorabendstück zeigt das Signum H 18 und die eingewebten Worte: „Ohne Sorgen bis morgen“. Ein zweiter Posten Wäsche, den die Kriminalpolizei vor Ostern Eindrehern am Wedding abnahm, besteht aus Bett- und Tischwäsche mit den aufgenähten Buchstaben E. M., H. K. 3, H. S. Ein molleses Latex hat rote Längsstreifen, und die Aufschrift eines Leberhandtuchs lautet: „Froh erhalte Deine Pflicht!“.

Der Ueberfall im Juwelenladen.

Jugendliche wegen Mordversuchs auf der Anklagebank.

Der Raubmordversuch an dem Juwelier Bonig in der Uhlandstraße zu Wilmersdorf beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Witting. Die vom Staatsanwalt Pipping vertretene Anklage lautet auf versuchten Mord und versuchten schweren Raub und richtet sich gegen den erst 22-jährigen Dröggen Willi Thierlein und den gleichaltrigen Werkzeugmacher Fritz Schulz.

Der Haupttäter Thierlein stammt aus guter Familie und hat sich stets einwandfrei geführt, bis er in nähere Beziehungen zu einer Hamburger Schauspielerin trat. Um in den Besitz größerer Geldsummen zu gelangen, sah er den Entschluß, das jetzt zur Anklage stehende Verbrechen zu verüben. Mit einem Totschässel bewaffnet, suchte er dreimal das Geschäft des Juweliers Bonig in der Uhlandstraße auf. Es fehlte ihm jedoch an dem nötigen Mut zur Ausführung der Tat, zumal er ihn, Bonig, seit seiner frühesten Kindheit genau kannte. Die Sucht nach dem Gelde war in dem jungen Menschen, der stets mit einem Monokel und einem goldenen Armbändchen umherlief, stärker als alle moralischen Hemmungsverhinderungen. Nachdem er seinem in Wilmersdorf wohnhaften Onkel, einem Bekannten des Bonig, 1000 M. abgeschwindelt hatte, unter dem Vorgeben, er könne ein Geschäft mit Chemikalien machen, kaufte er sich im „Englischen Cafe“ von einem Unbekannten für 200 M. eine Drense-Pistole. Er verabredete mit Schulz, daß dieser mit einem Koffer, in welchem die zu raubenden Schmuckgegenstände verpackt werden sollten, auf der Straße vor dem B.schen Geschäft warten sollte. Dann begaben sich beide am Abend des 20. Dezember v. J. gegen 8 Uhr nach der Uhlandstraße. Bonig ließ den ihm bekannten Thierlein ahnungslos in den Laden hinein und legte ihm auf seinen Wunsch Brillanten vor. Als B. sich bückte, um ein Koffer genauer zu betrachten, zog der Angeklagte die Pistole hervor und gab auf ihn einen Schuß ab. Die Kugel drang unterhalb des linken Auges ein und kam auf der rechten Wange wieder heraus. Thierlein wollte sich nur auf sein Opfer stürzen, um es zu erwürgen; der Leberstollene hatte jedoch die Weisheitsgegenwart, hilfernd auf die Straße zu laufen. Hier waren schon Bekannte durch den Anruf des Schusses aufmerksam geworden, welche den dreisten Räuber sofort festnahmen. In seiner ersten Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Seinemeyer hatte Th. offen zugegeben, daß er Bonig töten und berauben wollte. Später behauptete er, er habe die Waffe nur gebrauchen wollen, um sich zu erschützen, falls der Raub misslingen sollte. Beim Entschließen der Waffe sei der Schuß versehentlich losgegangen und habe den Juwelier getroffen.

Die Geschworenen bejahten nach langer Beratung bezüglich des Angeklagten Thierlein die Schuldfragen nach versuchtem Raubmord und unbefugtem Waffengebrauch zum Zwecke der Gewalttätigkeit, bei dem Angeklagten Schulz nur die Schuldfrage nach Beihilfe zum versuchten schweren Raub unter Verletzung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin gegen Thierlein 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Schulz 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht verurteilte Thierlein zu 5 Jahren 2 Monaten und Schulz zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von je 4 Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft, außerdem zu 8 bzw. 2 Jahren Ehrverlust.

Der Frauenmörder Grohmann als Zeuge.

Der Frauenmörder Karl Grohmann hatte gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eine Oafrolle als Zeuge zu geben. Die Arbeiterin Frieda Thomas, ein in den zwanziger Jahren lebendes Mädchen, war auch eine der vielen Wirtschaftsrinnen des Grohmann und ist 14 Tage bei ihm tätig gewesen. Am 11. Juli v. J. ist Grohmann, wie sie behauptet, seiner Ermordung gemäß mit ihr zusammen aus dem Hause gegangen, um Waren einzukaufen. Die Briefstöße, die 600 M. enthielt, habe er, da er sehr angetrunken war, ihr übergeben. Er sei sehr freigebig gewesen, habe Roschereien und Eis gekauft und habe schließlich mit ihr und einer sehr wegen Fehlerlei mißangesehener Frau Ifig eine Restauration in der Andreasstraße besucht. Sie habe dann die Thovoren eingekauft, sei nach Hause gegangen und habe den Rest des Geldes aus der Briefstöße und eine Summe von 2000 M. Markt, die ihr Grohmann schon früher zum Aufbewahren gegeben habe, zu sich gesteckt. Dann habe sie der Frau Ifig die Schlüssel zu der Wohnung übergeben und sei nach Hannover ausgerückt. Sie meint, daß sie durch diesen Diebstahl und ihre Flucht vor dem Schicksal bewahrt sein dürfte, zu den Opfern des Grohmann zu gehören. Als sie nach etwa 14 Tagen aus Hannover nach Berlin zurückgekehrt sei, habe Grohmann sie zufällig auf dem Andreasplatz gesehen und verhaften lassen. — Grohmann, der als Zeuge aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, gab an, 58 Jahre alt zu sein. Er macht mit seinem schlotternden Gang und seinem häßlichen Gesicht einen sehr unympathischen Eindruck. Er war beim Anblick der Angeklagten sehr erregt und rief, auf dieseweisend, mit erhobener Stimme aus: „Die Bande hat mich unglücklich gemacht!“ Er stellt in ziemlich schwacher Weise den Vorgang ganz anders dar als die Thomas. — Das Gericht hielt die Thomas nicht des Diebstahls, sondern nur der Unterlassung schuldig und verurteilte sie zu 4 Monaten Gefängnis. Die Mißangeklagte Ifig, die 100 M. von ihr abbetonnen hatte, wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Ein Millionendiebstahl. Die angebliche Hausangestellte Hylene Gabai, die sich bei dem Gutbesitzer Oskar König in Neu-Gladow in Stellung befand, entwendete ihrer Dienstherrschaft Schmuckgegenstände im Werte von etwa zwei Millionen Mark und verschwand mit ihrer Beute spurlos. Das Mädchen war erst vor einigen Tagen zugezogen und polizeilich noch nicht gemeldet. Ihrem Ansehen nach führt sie falsche Papiere bei sich. Bei einer Abendgesellschaft am Tage zuvor hatte Frau König ihren Gästen die Schmuckgegenstände noch gezeigt.

Genosse Max Müller wird am Sonntag, den 20. April, nach 4 1/2 Uhr, in der Aula der Fürstin-Bismarck-Schule, Charlottenburg, Schloßstr. 2/4 (an der Heidegasse, nahe Savignypfad) von der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis veranstalteten Ratgeber die Vorträge: „Deklamatorische, Orgel- und Gesangsstücke“ sollen dem Zuhörer eine besondere Freude geben.

Heber Kubens spricht Dr. Max D. v. C. am Sonntag, den 29. ds., 8 Uhr, im Ausstellungsmuseum, Prinz-Albrecht-Str. 7a, zugunsten der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kinderrecht G. V.

Die Kleier Kinobesitzer geben bekannt, daß sie wegen der hohen Luftfahrzeugsteuer gezwungen sind, ihre Theater am 15. Mai zu schließen.

Nachmittags- bzw. Abendveranstaltungen am 1. Mai.

Konzert, Festrede, Rezitationen, Gesang und Tanz!

- Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10/11. 6 Uhr.
- Artushof, Perleberger Str. 26. 4 Uhr.
- Nationalhof, Bismarckstr. 37. 4 Uhr.
- Fahrenhofer-Kaufhaus, Hauptstr. 64. 5 Uhr.
- Schweizergarten, Am Königstor. 4 1/2 Uhr.
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain. 5 Uhr.
- Charlottenburg: Vergnügungspark Jungfernheide, Am Tegeler Weg 74/75. 4 Uhr.
- Spandau: Pepsitas Hof, Hofenstraße. 4 Uhr. — Brauerei Pichelsdorf. 4 Uhr.
- Wilmersdorf: Schramm, Hildegardstraße. 6 1/2 Uhr.
- Dahlem: Restaurant Schilling, Königin-Luise-Str. 42. 8 Uhr.
- Schöneberg: Schloßbrauerei, Hauptstraße. 4 Uhr.
- Steglitz: Parkrestaurant Süden. 4 Uhr.
- Tempelho: Realgymnasium, Kehlerin-Augusta-Straße. 4 1/2 Uhr.
- Lichtenrade: Waldrestaurant, Hilperstraße. 7 Uhr.
- Neukölln: Neue Welt, Hakenheide. 4 Uhr.
- Treptow: Viktoriagarten, Am Treptower Park. 4 Uhr.
- Niederhakenheide: Restaurant „Corley“, Berliner Straße. 8 Uhr.
- Oberschöneweide: Labberts Waldschloßchen. 4 Uhr.
- Johannisthal: Bürgergarten, Kaiser-Wilhelm-Straße.
- Köpenick: Stadttheater.
- Schmiedewitz: Restaurant „Zur Linde“, Inhaber Stippel. 7 Uhr.
- Lichtenberg: Schwarz' Sommertheater, Mühlendorferstr. 25. 6 1/2 Uhr.
- Kaulsdorf: „Burggarten“ (Inh. Unterkau), Frankfurter Str. 4/5. 5 Uhr.
- Mahlsdorf: Colal Anders, Bahnhofsstraße. 6 Uhr.
- Weißensee: Kinopl. Festhalle, Berliner Allee 215. 8 Uhr.
- Pankow: Restaurant Lindner, Breite Straße. 5 Uhr.
- Buch: Kinderkasseler, 4 Uhr.
- Buchholz: Köhnes Gesellschaftshaus, Berliner Str. 39. 5 Uhr.
- Blankenburg: Colal E. King. 4 Uhr.
- Reinickendorf-West: Müller, Scharnweberstr. 14. 7 Uhr.
- Rosenhof: Restaurant Schneider, Hauptstraße. 6 Uhr.

Redner: Minner, Bahle, W. d. S., Voje, Pastor Franke, Häußler, Heischold, Richmann, Kreutziger, Krule, Ostke, Lehmann, Cädemann, R. d. V., Marquardt, Möbus, Riedger, Stampfer, Steinkopf, Striemer, Udo, Wommod, Jechlin.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

12. Kreis Söglig. Sonnabend, den 29. April, 8 Uhr, Vorstandssitzung an bekannter Stelle. Wichtige Tagesordnung.

Heute, Sonnabend, den 29. April:

Charlottenburg-Spandau: Juristische Sprechstunde im Jugendheim, Rosenthalstr. 4, von 5-6 Uhr.
12. Bezirk Kreuzberg: Sammelung und Fragen des lebensdienlichen Unterrichts zur Vorbereitung auf die Jugendweihe nachmittags 3 Uhr in der 2. Gemeindehalle in Tempelhof.

Morgen, Sonntag, den 30. April:

11. Wkt. Schulze-Schloßberg Str. 7, Sonnabend. Alle Genossen sowie Freunde, auch der Nachbarvereine, sind eingeladen.
13. Wkt. 9 Uhr bei Wolf, Focher Str. 44, wichtiger Besprechung sämtlicher Genossen.
Jugendvereine: Gruppe Söglig: Fahrt nach Strausberg-Budow. Treffpunkt vormittags 7 1/2 Uhr Schif. Bahnhof.

Jugendveranstaltungen.

Genoss. Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Söglig, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Trepp. Treffpunkt Montagmorgens 12 1/2-13 1/2 Uhr.

Alle Jugendgenossen beizuliegen sich am 1. Mai an der Demonstration der Partei. Die Jugend marschieren an der Spitze des Zuges und kommt im Lustgarten (Schloßplatz) zusammen. Alle Fahnen sind mitzubringen. Der Bezirksvorstand.

Einige Konzentration der Parteigenossen sind heute abend im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Trepp. Treffpunkt: „Der Parteitag“ und Ausgabe des Werbematerials. Verteilungen sind nicht zulässig.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Sonntag, den 1. Mai, in der Aula der Fürstin-Bismarck-Schule, Charlottenburg, Schloßstr. 2/4 (an der Heidegasse, nahe Savignypfad). Einisch 4 Uhr. Eintritt: 3 M., für Mitglieder 2 M. Deklamationen, Orgel, Gesangsstücke, Festrede (Heber Kubens).

Geschäftliche Mitteilungen.

Wittrfahrten nach Weber. Die Wecheler Rollung wird am Sonntag mit den bekannten Abfahrtsfahrten nach Weber beginnen (täglich, mit Ausnahme des Festtags und Sonnabends, ab 9 Uhr vom Schillerpark am Bahnhof Friedrichstraße; ab 10 Uhr Charlottenburger Schloß). Die Fahrten werden, um gegen die Abkühlung des Wetters geschützt zu sein, mit den geschlossenen „Wintermänteln“ dampflos ausgeführt.

Briefkasten der Redaktion.

Bestellige Zusendung wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag sage man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Billige Aufträge trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof, post. Eins. vor. Scheitler und Verträge sind mitzubringen. — In die Briefkasten von Scheitler und Hoffe. Da die Buchdruckerei am 1. Mai nicht drucken, erscheint am Montag auch keine Zeitung; der Auftrag selbst ist jedoch. Im Übrigen bedürfen terrortige Besuche immer der Zustimmung des Verbandsorganisations.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft rego. Fische knapp, Geschäft ziemlich lebhaft. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

- Rindfleisch 30-37 M., ohne Knochen 37-44 M. Schweinefleisch 30-45 M. Kalbfleisch 30-42 M. Hammelfleisch 34-42 M. Schellfisch 9-12 M. Seelachs 8-9 M. Dorsch 6-7 M. Rotzungen 10-12 M. Grüne Herings 6-7 M. In Eis: Schleihe 24-28 M. Nechts 19-23,50 M. Zander 28-29 M. Karpfen 21 M. Lebende Barsche 20-22 M. Karpfen 28-35 M. Biere 15-22 M. Naturbutter 54-63 M. Margarine 30 bis 42 M. Schweinschmalz 42-45 M. Eier 3,75-4,25 M. Maisgrieß 10 M. Weizengrieß 13 M. Hafersgrieße 9 M. Haferslocken 9-10 M. Wirsing-kohl 6-8,50 M. Weißkohl 6-9 M. Blumenkohl 15-25 M. Spinat 6 bis 7 M. Rotkohl 10-12 M. Gorkücherter Schinken 72 M. und Speck 66 bis 89 M.

Wirtschaft

Verband ostdeutscher Konsumvereine.

Der Jahresbericht des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine für 1921 ist jetzt erschienen, aus ihm ist zu ersehen, daß auch die Konsumgenossenschaftsbewegung in den Ostprovinzen Deutschlands sich einer recht guten Entwicklung erfreut. Zu dem Verbandsgebiete gehören die Provinzen Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Ost- und Westpreußen. Die aufgenommenen Statistik ist genau nach den Provinzen auseinandergesetzt, so daß man auch die Entwicklung der einzelnen Gebiete verfolgen kann.

Die Anzahl der dem Verbands angegeschlossenen Genossenschaften ist von 129 auf 141 gestiegen, von denen zwei Genossenschaften als Produktionsgenossenschaften besonders behandelt wurden. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften ist von 279 136 auf 294 947 gestiegen. Nach Berufen gruppiert, verteilen sich die Mitglieder auf 12 378 selbständige Gewerbetreibende, 4437 selbständige Landwirte, 17 186 Angehörige freier Berufe und Beamte, 220 166 gewerbliche Arbeiter und Angestellte, 11 873 landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte und 27 710 Personen ohne bestimmten Beruf. Die prozentuale stärkste Zunahme mit 45,2 Proz. weist die Beamtengruppe, die nächst höhere mit 29,5 Proz. die der landwirtschaftlichen Arbeiter auf; nur um 4,1 Proz. stieg die Mitgliederzahl gewerblicher Arbeiter, während selbständige Landwirte um 20,8 Proz. zunahm.

Der Warenumsatz im eigenen Geschäft stieg um 90,4 Proz., und zwar von 258 848 027 M. auf 492 991 891 M., die in 624 Verteilungsstellen (504) erreicht wurden. In 22 Genossenschaften wurde die Warenherstellung betrieben und insgesamt ein Produktionswert von 80 323 453 M. erzeugt, gegen 44 097 590 M. Darunter wurden hergestellt in der Bäckerei für 67 058 039 M. In der Warenherstellung wurden beschäftigt 3378 Personen und in der Warenherstellung 563 Personen.

Die Bilanzen, die insgesamt mit 141 327 004 M. abschließen, weisen folgende Werte auf: Betriebsbestände 73,46 Mill. M. (i. B. 47,71 Mill. M.); angelegte Werte 9,74 Mill. M. (i. B. 33,83 Mill. M.); Grundbesitz 18,83 Mill. M. (i. B. 14,93 Mill. M.); verfügbare Werte 37,86 Mill. M. (i. B. 1,08 Mill. M.); Forderungen 1,44 Mill. M. (i. B. 0,47 Mill. M.). Diesen Aktivenposten stehen folgende Passiven gegenüber: eigene Betriebsmittel 21 Mill. M. (i. B. 11,93 Mill. M.); ausgenommene Betriebsmittel 76,97 Mill. M. (i. B. 59,48 Mill. M.); unter ihnen befinden sich Spareinlagen der Mitglieder mit 70,53 Mill. M.; Grundschulden 9,57 Mill. M. (i. B. 2,08 Mill. M.); Verbindlichkeiten mit 33,78 Mill. M. (i. B. 26,55 Mill. M.), unter den letzteren ist auch der den Mitgliedern zuzurechnende Rabatt und der Geschäftsüberschuss mit 12,35 Mill. M. (i. B. 7,33 Mill. M.) aufgeführt. Von dem Gesamtbetrag des Rabatts und Ueberstufes entfielen auf Gewinnbeteiligung an die Mitglieder 11,02 Mill. M. (i. B. 6,08 Mill. M.); den Reserven wurden zugeführt 1,19 Mill. M. (i. B. 1,21 Mill. M.).

Die kräftige Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Osten Deutschlands wird auch den noch Fernstehenden ein Ansporn sein, sich den bestehenden Konsumgenossenschaften anzuschließen und dort, wo solche noch nicht vorhanden sind, neue zum Besten der Bevölkerung und zur Bekämpfung der Knappung der Verbraucher durch den Handel ins Leben zu rufen.

Die Möglichkeit landwirtschaftlicher Produktionssteigerung.

Im allgemeinen wird in der Landwirtschaft behauptet, daß infolge der „üblen Arbeiterverhältnisse“, „der ungeheuren Düngemittelpreise“, „der tiefen Löhne“ die landwirtschaftlichen Betriebe in ihren Erträgen hätten zurückgehen müssen. Wohl ist es Tatsache, daß viele Betriebe tatsächlich zurückgegangen sind. Dieser Rückgang ist aber weniger auf die allgemeinen Verhältnisse zurückzuführen als auf die Unfähigkeit der Betriebsleiter, sich den modernen Verhältnissen anzupassen, insbesondere auch die notwendigen Lehren aus der Preisgestaltung zu ziehen. Vor allem aber ist es leider vielen heutigen Betriebsleitern nicht gegeben, eine angemessene Behandlung der Landarbeiter durchzuführen. Demgegenüber gibt es eine große Reihe von Betrieben, welche in ihren Erträgen ganz außerordentliche Steigerungen aufzuweisen haben, und zwar zum größten Nutzen der Betriebsinhaber. Ein leuchtendes Beispiel ist dafür die Entwicklung, welche die Gutswirtschaft der Hohenheimer landwirtschaftlichen Hochschule unter Leitung der Herren Warmboldt und Kereboz genommen hat. Die Erträge des Hohenheimer Gutsbetriebes, der stets als Musterwirtschaft betrieben wurde, waren durchschnittlich in Doppelzentnern pro Hektar:

	Winterweizen	Hafer	Raps	2-Rüben	3-Rüben	Kartoffeln
1907-1911	24,50	21,81	18,20	291,82	514,58	143,75
1912-1916	29,60	31,80	16,41	301,83	614,04	181,71
1917-1921	37,50	38,04	24,82	335,40	736,22	225,01

Die Hohenheimer Wirtschaft hat jenseits des Bodens, liegt 400 Meter hoch und hat im Durchschnitt von 25 Jahren 634 Millimeter Niederschläge gehabt. Also durchaus mittlere Verhältnisse. Wenn es gelang, in der letzten Kriegszeit und in den Jahren nach dem Kriege durch richtige Fruchtfolge und angemessene Düngung unter Steigerung der Rentabilität in einem stets als Musterwirtschaft geführten Betriebe die Erträge so enorm zu steigern, dann muß es in solchen Wirtschaften, die im Frieden nicht so stark ausgenutzt wurden, erst recht möglich sein, die Erträge von der Flächen-einheit bei voller Rentabilität der Aufwendungen erheblich zu steigern.

Die Forderung nach der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung haben sich die Landbesitzer in ihrem Produktionsprogramm zu eigen gemacht. Irrig und irreführend aber ist es, wenn sie das Programm als „Hilfswort“ bezeichnen, solange sie die Steigerung der Produktion, die in ihrem Interesse liegt, an Preisforderungen knüpfen, die in keinem Verhältnis mehr zu den Herstellungskosten stehen, sondern sich auf die Forderungen amerikanischer Farmer und auf die Subventionen durch die Ententepolitik stützen.

Die Börse am 1. Mai. Während in Hamburg, wo der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag gilt, die Börse an diesem Tage ausfällt, wird die Berliner Börse zum Protest gegen die Gefährdung des Völkerverständnis — weiter ihre Geschäfte machen!

Weitere Zunahme des Aktienkapitals in Deutschösterreich. Wie in Deutschland, so hat auch in Oesterreich das Aktienkapital der Unternehmungen mit der Geldentwertung stark zugenommen. Nach der vom Deutschösterreichischen Bundesamt für Statistik veröffentlichten Zusammenstellung über die Entwicklung der Aktiengesellschaften ist die Zahl der auf deutschösterreichischem Boden arbeitenden Aktiengesellschaften von 1914 bis Ende 1921 von 403 auf 612, ihr nominales Aktienkapital von 2979 auf 15 023 Millionen Kronen gewachsen.

Billardturniere mit und ohne Wetten bei Zielka.

Kalkarmut des Körpers ist die Ursache vieler Schwächezustände

Kalkzan beugt vor!

In Packungen von 90 und 45 Tabletten in Apotheken und Drogerien erhältlich. — Aufklärende Broschüren kostenlos durch Johann A. Bälting, Berlin SW 45, Friedrichstr. 231

